

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 36 – Konsequenzen aus den Panama Papers: Steuerhinterziehung verhindern, Steuervermeidung eindämmen

Dazu sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Rasmus Andresen:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 209.16 / 29.04.2016

Deutschland darf keine Steueroase für internationales Geld sein

Die Panama Papers haben das Ausmaß der weltweiten Vermeidung und Hinterziehung von Steuern in die Öffentlichkeit gebracht. 215.000 Briefkastenfirmen, die Beteiligung von 28 deutschen Banken, kriminelle Strukturen, hunderte Promis und Politikerinnen und Politiker, die etwas zu verbergen haben – und das alles in den Unterlagen von nur einer Anwaltskanzlei.

Den Staaten entgehen Milliardenereinnahmen. Diese Erkenntnisse sind nicht unbedingt neu, doch die aktuelle Aufmerksamkeit kann dafür genutzt werden, endlich wirksame Maßnahmen durchzusetzen – auch und gerade beim Bundesfinanzminister Schäuble.

Die Bundesregierung stand bei der Bekämpfung von Briefkastenfirmen und anderen Steuereinsparstrategien bisher auf der Bremse. Finanzminister Schäuble versteckt sich lieber hinter der Forderung nach internationalen Abkommen, als den eigenen Laden aufzuräumen.

Auch Deutschland selbst darf keine Steueroase für internationales Geld sein und muss die Daten darüber offenlegen und den Wettbewerb über die am schlechtesten ausgestattete Steuerbehörde der Länder beenden.

Es reicht nicht, internationale Steuerdaten auszutauschen, sondern sie müssen auch veröffentlicht werden. Nur durch öffentlichen Druck werden Steuerskandale aufgedeckt.

Wir fordern Sanktionen für Banken, die sich an Steuerhinterziehung und illegalen Geschäften beteiligen. Die HSH Nordbank war unter den 28 deutschen Banken, die über Mossack Fonseca Scheinfirmen an Kunden vermittelt haben. Die HSH hat schon letztes Jahr eine interne Untersuchung durchführen lassen und die Beihilfe zur Steuerhinterziehung eingeräumt. Sie hat sich mit der ermittelnden Staatsanwaltschaft auf eine Bußgeldzahlung geeinigt.

Ohne die Mitwirkung hiesiger Banken würde das System der Geldverlagerung in Offshore-Firmen nicht funktionieren. Die deutsche Bankenwelt mischt aktiv mit.

Wir fordern deshalb, dass die BaFin ihrer Funktion als Kontroll- und Aufsichtsbehörde besser nachkommt um eine Mitwirkung deutscher Banken bei Geldwäsche und Steuerhinterziehung zu unterbinden.

Steuervermeidung von Konzernen wie Ikea oder Starbucks finden innerhalb in der EU statt – und zwar legal.

Das muss ein Ende haben. Dafür brauchen wir erstens Country-By-Country-Reporting und zwar vollständig und transparent! Damit wird nachvollziehbar, welcher Konzern an welchem Ort seine Steuern bezahlt und Verschachtelungen durch Tochterunternehmen werden transparenter dargestellt.

Es ist peinlich und beschämend, dass CDU Finanzminister Schäuble auf Druck von großen deutschen Konzernen Transparenz über länderbezogene Steuerzahlungen, Umsätze und Investitionen verschleiert.

Ihr Antrag, lieber Herr Koch, kaschiert das Fehlverhalten der Bundesregierung, die unter dem Deckmantel der Effizienz wirkungsvolle Maßnahmen verhindert. Wir Grüne kritisieren das scharf und fordern ihn zum Einlenken auf. Eine länderbezogene Berichterstattung reicht aber natürlich nicht aus. Unternehmensgewinne müssen zukünftig dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden.

Das ist nicht nur eine Frage der Fairness gegenüber der Allgemeinheit, der die Steuereinnahmen zustehen, sondern auch gegenüber kleinen Unternehmen, die wegen der Steuergestaltungsmodelle von Großunternehmen Wettbewerbsnachteile erleiden.

Die Grundlagen für den Kampf gegen Steuerhinterziehung legen aber unsere Finanzbehörden. Dass wir durch den Personalabbaupfad dadurch gezwungen sind, SteuerprüferInnen abzubauen, ist widersinnig.

Pro Außendienstler spielen die SteuerprüferInnen ca. 800.000 Euro ein. Das zehnfache dessen, was ihre eigene Stelle kostet.

Während wir als armes Bundesland 100 Prozent der Ausgaben für unsere Steuerfahnder tragen, bekommen wir nur sechs Prozent von den Einnahmen, die durch ihre Fahndungserfolge entstehen. Dadurch entstehen unsinnige Fehlanreize.

Deshalb müssen die Ausgaben für unsere Steuerverwaltung auf den Vorwegabzug des Länderfinanzausgleichs angerechnet werden. Dann profitieren Länder mit starken Steuerverwaltungen durch höhere Einnahmen.

Diese, wie auch andere, Maßnahmen gehören in einen Pakt zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und zum Schließen von wettbewerbsfeindlichen Schlupflöchern.

Bei Steuerhinterziehung und Vermeidung geht es nicht nur darum, dass unserem Staat wertvolle Mittel für Bildung, Bekämpfung von Armut oder Infrastruktur fehlen, sondern oftmals auch um die Finanzierung von kriminellen Handlungen wie Geldwäsche oder Drogendeals.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, Steuervermeidung endlich zu reduzieren und Steuerhinterziehung zu stoppen.
